

**Frau Ministerialdirigentin
Prof. Dr. B. Locher-Finke
Ministerium für Soziales und Integration
Postfach 103443**

70029 Stuttgart

Mannheim, den 15.02.2021

Ergänzung zu Ihrem Brief vom 29.12.2020
Unser Brief vom 10.01.2021

Landesregierungen Ostdeutschland und die ehemaligen SED-Staatsbediensteten

Sehr geehrte Frau Prof. Locher-Finke,

in unserem Brief vom 10.01.2021 hatten wir Ihnen unsere Stellungnahme zu dem Abschlussbericht der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Einheit Deutschlands“ geschickt. Die Zusammensetzung der Kommission sowie die im Abschlussbericht zum Ausdruck kommende Haltung der Bundespolitik zum Phänomen „Abstimmung mit den Füßen“ hatten uns veranlasst, diese kritische Stellungnahme zu verfassen und sie prominenten Bundespolitikern vorzulegen.

So weit so gut.

Über eine ganz aktuelle Pressemitteilung war jetzt zu erfahren, dass die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern beabsichtigt, die Altersbezüge der ehemaligen SED-Staatsbediensteten zu erhöhen. Aus der Pressemitteilung war sogar zu entnehmen, dass diese Maßnahme in anderen Bundesländern schon längst durchgesetzt war.

Es steht uns nicht an, das zu kritisieren. Aber die ehemaligen Flüchtlinge aus der ehemaligen DDR sehen sich hierdurch wieder einmal an die insgesamt repressive Haltung der Bundesregierung gegenüber den DDR-Altübersiedlern erinnert.

Die von uns vertretene Personengruppe hat bei der Bundesregierung keine Vertretung, keinen Bundesbeauftragten, sie ist quasi heimatlos.

Seit 2009 wenden wir uns regelmäßig an die Bundeskanzlerin. Das haben wir aktuell auch wieder getan. Die Bundeskanzlerin hat uns noch niemals einer Antwort gewürdigt und wird es auch in diesem Falle nicht tun.

Der Konflikt aber schwelt weiter und bekommt durch Erfahrungen dieser Art neue Nahrung.

Der Einfachheit halber schicke ich Ihnen eine Kopie unseres Briefes an die Bundeskanzlerin, damit Sie die Qualität der Verletzung, unter der die DDR-Flüchtlinge, Ausreiseartragsteller, aus politischer Haft Freigekauften zu leiden haben, nachvollziehen können.

Es ist die Bundesregierung, die verantwortlich ist für die immer breiter und tiefer werdende Kluft zwischen den DDR-Flüchtlingen auf der einen Seite und denen, vor denen sie einst geflohen waren, auf der anderen Seite.

Die politische Diskriminierung der DDR-Altübersiedler und die Herstellung der deutschen Einheit stehen in einem unmittelbaren, wenn auch höchst fragwürdigen Zusammenhang.

Der Bundesrat war damals, als an der Herstellung der deutschen Einheit gearbeitet wurde, aktiv und engagiert beteiligt. Insofern liegt es nahe, dass der Bundesrat von dem Konflikt erfährt, Stellung beziehen und eventuell tätig werden kann.

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat signalisiert, dass sie sich um eine Bundesratsinitiative bemühen will. Dort sind seit längerer Zeit Rundtischgespräche mit Opfern und Opfervertretern geführt worden. Wir bitten Sie zu überprüfen, inwieweit die Landesregierung Baden-Württemberg gleichermaßen tätig werden kann. Herr Dr. Mark Speich, Bevollmächtigter des Landes NRW beim Bund, ist mit dem Thema insoweit vertraut.

Wir wären Ihnen sehr dankbar für einen Vorstoß in dieser Angelegenheit.

Mit freundlichen Grüßen,



Dr.-Ing. Jürgen Holdefleiß
(Vorsitzender IEDF)

Anlage:

Brief VOS/IEDF vom 10.02.2021 an die Bundeskanzlerin